



LIZ HINGLEY / VU / KEYSTONE

## FOTO-TABLEAU: ZWISCHEN NOT UND HOFFNUNG 3/5

Für die Familie Jones gehört Multifunktionalität nicht zum modernen Chic – sie wird von der akuten Platznot im von neun Personen bewohnten Fünfzimmerhäuschen diktiert. Am Morgen heisst es Schlange stehen vor Bad und Klo, jedes Kinderbett ist eine Art Arche für den darauf und darunter verstreuten persönlichen Besitz, jedes Zimmer muss mehrere Funktionen erfüllen. Liz Hingley fotografierte Nicola in der Küche, wo das Mädchen schlecht und recht seine Morgentoilette vollendet.

## ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

## Falsche Stossrichtung im Gesundheitswesen

Die Schweiz hat weltweit das beste Gesundheitssystem. Zu Recht lehnte die Bevölkerung bisher jede Zentralisierung und Ökonomisierung nach EU- und anderen Vorgaben ab. Die Kantone sind weiterhin für das bewährte Gesundheitswesen verantwortlich. Nun soll mit einer weiteren Verschleierungskampagne mit ansprechenden Formulierungen wie «Ja zur medizinischen Grundversorgung», «nachhaltige Lösungen» oder «kosteneffiziente Medizin» unser bewährtes System abgebaut werden. Sogar Mediziner müssen viel Zeit aufwenden, um die umfangreichen Gesetzesunterlagen genau zu erfassen. Viele Bürger vertrauen den Behörden und den Medien. Die notwendigen Prinzipien von Ehrlichkeit, Treu und Glauben, sachlicher Information und Meinungsvielfalt sind im Zusammenleben und für unsere direkte Demokratie entscheidend. Tatsache ist aber, dass über den geplanten, folgeschweren Verfassungsartikel nicht ehrlich informiert wird und das gesamte Gesundheitswesen und die notwendige vertrauensvolle Arzt-Patient-Beziehung immer mehr aufgelöst werden soll.

In vielen Bereichen soll nun «Gesundheitspersonal» dem Arzt gleichgestellt werden. In Schweden und Dänemark hat man schon seit Jahren die für alle gut zugängliche medizinische Grundversorgung weitgehend aufgehoben. Wir kennen die dortigen Ver-

hältnisse gut. Die Menschen haben weite Wege zu den wenigen grossen Gesundheitszentren und haben keine feste Arzt-Patienten-Beziehung mehr. Sie werden da und dort «zugewiesen». Wer Glück hat, findet eine gute ärztliche Vertrauensbeziehung.

Diese wichtigen Aspekte werden verschwiegen, sind aber entscheidend. Genügend Schweizer Hausärzte müssen nicht durch eine Gesetzesänderung gefördert werden, sondern durch viel mehr Ausbildungsplätze, gerechte Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen. So kann auch das nötige positive Berufsethos wieder gestärkt werden. Deshalb ein klares Nein zu dieser verantwortungslosen Verschleierungstaktik.

Urs und Lene Knoblauch, Fruthwilen/TG

Über 200 000 Schweizer haben die Initiative für eine funktionierende Hausarztmedizin unterschrieben. Die Initianten haben die Initiative nach einem Deal mit Bundesrat Berset zurückgezogen und so dem Gegenentwurf freien Lauf gegeben. Der Gegenentwurf ist eine verkappte Managed-Care-Vorlage, wie wir sie vor zwei Jahren mit 76 Prozent abgelehnt haben.

Bei Annahme der Initiative bekommt der Bund Zugriff auf die Daten der Arztpraxen, genannt Gesundheitszentren. Der Gegenentwurf will die fachlich umfassende medizinische Versorgung durch Fachärzte auf eine sogenannte «ausreichende medizinische Grundversorgung» herunterfahren. Die Hausarztpraxis soll ersetzt werden durch interprofessionelle Teams, sogenannte «hierarchiefreie Teams» in der «medizinischen Grundversorgung», in denen Ärzte und Apotheker mit anderen Gesundheitsberufen (Pflegerinnen, Physiotherapeuten, Hebammen, Ernährungsberatern, Podologen) unter Aufgabe des bisherigen Berufsverständnisses zusammenarbeiten. Somit werden Ärzte degradiert, und der Zugang zum Arzt soll erschwert werden.

Zentralisieren und Macht konzentrieren sind Teil der (sozialistischen) Agenda Bertsers. Eine ärztliche Abklärung, Diagnosestellung, Behandlung und Betreuung gehört nur in die Hand von uni-

versitär sorgfältig aus- und weitergebildeten Ärzten und hat sich nicht an den «Ansprüchen anderer Berufsgruppen», sondern einzig am Wohl des Patienten zu orientieren.

Darum stimme ich Nein zur Mogelpackung.

Sepp Zahner, Kaltbrunn

Die Schweiz steht vor einem Hausärztemangel. Lösungen für dieses Problem erhofften sich 200 000 Schweizerinnen und Schweizer durch die Unterzeichnung der Initiative «Ja zur Hausarztmedizin» im Jahre 2009. Der Bundesrat lehnte die Initiative ab und legt uns nun den «Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung» vor. Dieser Bundesbeschluss ist etwas komplett anderes: Er will nicht mehr eine «fachlich umfassende und qualitativ hochstehende medizinische Versorgung der Bevölkerung durch Fachärztinnen und Fachärzte der Hausarztmedizin», sondern eine «ausreichende, allen zugängliche medizinische Grundversorgung». Gemeint sind damit Modelle aus nordischen Ländern oder England, in denen der Zugang zum Arzt vor allem für Menschen mit chronischen Erkrankungen (Diabetes, Krebs u. a.) erschwert ist. Andere Gesundheitsfachleute übernehmen deren Behandlung und teilweise auch Diagnostik. Unser weltweit anerkanntes Gesundheitswesen lebt aber von der umfassenden Verantwortung des Arztes für Diagnostik und Behandlung seiner Patienten, die er nicht abgeben darf! Auch ohne den am 18. Mai zur Abstimmung kommenden Verfassungsartikel gibt es Gemeinschaftspraxen, spezielle Ausbildungsgänge für Hausärzte an Spitälern und universitäre Institute für Hausarztmedizin.

Dr. med. Sabine Vuilleumier-Koch, Greifensee

Erneut macht die Ärzte-Lobby Druck auf die Politik, auf die Bewohner und Stimmbürger. Bundesrat, Bundesamt für Gesundheit und Parlament schenken dem Gejammer der Hausarztmediziner Gehör. Haben wir wirklich zu wenige Ärzte, und verdienen die «ar-

## SEITENBLICK

## Putin und die Modernisierung

Ulrich Speck

Über zwei Jahrzehnte lang war die Beziehung des Westens zu Russland auch ein Experimentierfeld für die These vom «Wandel durch Handel» – der Annahme also, dass eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen auch zu einer Liberalisierung des politischen Systems führen müsse. Im Falle Russlands jedoch hat sich diese These nicht bewahrheitet. Russland hat sich zwar in den letzten beiden Jahrzehnten in die Weltwirtschaft integriert, der ökonomische Austausch hat massiv zugenommen. Doch in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratische Teilhabe wie auch in Bezug auf stabile Rahmenbedingungen für Marktwirtschaft ist das Land nicht vorangekommen. Im Gegenteil: Das System Putin hat den Raum für politische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Dynamik in den letzten Jahren immer mehr verengt. Russland wird heute autoritärer regiert als je in den Jahren seit der Auflösung der Sowjetunion 1991.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass sich die These vom «Wandel durch Handel» im russischen Fall nicht bewahrheitet hat, ist die Struktur dieses Handels. Russland exportiert eben nicht primär Waren und Dienstleistungen, zu deren Produktion bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssten: von funktionierender Staatlichkeit über solide Bildung und Ausbildung bis hin zur Verbreitung «kapitalistischer» Tugenden wie Fleiss, Ordnung und Verlässlichkeit. Nur noch etwa ein Fünftel der russischen Exporte sind Produkte, die auf einem gewissen technologischen Wissen basieren. Etwa siebzig Prozent dagegen sind Rohstoffe, vor allem Gas und Öl. Im Gegenzug importiert Russland Maschinen, Konsumgüter und Autos.

Die Konzentration der russischen Wirtschaft auf Rohstoffe, unverändert trotz Medwedews Bemühungen um Diversifikation, hebelt die potenzielle Modernisierungswirkung des wirtschaftlichen Austauschs aus. Wie in vielen anderen «Petro-Ökonomien» besteht in Russland ein autoritäres politisches System, das darauf ausgerichtet ist, die Staatseinkünfte zentral zu kontrollieren und von oben herab zu verteilen. Der Staat, genauer: der Kreml dominiert das Geschäft mit Gas und Öl, und er wacht über die Verteilung der Einnahmen. Etwa die Hälfte des russischen Bruttoinlandsprodukts entfällt auf den staatlichen Sektor, Tendenz deutlich steigend.

Anders als in einer Marktwirtschaft ist der Staat in einer Petro-Ökonomie nicht vorrangig auf Besteuerung einer produktiven Wirtschaft angewiesen. Rohstoffeinkünfte finanzieren in Russland nicht weniger als die Hälfte des Staatshaushalts. Damit fällt eines der stärksten Motive für die Forderung nach politischer Partizipation weg: die Finanzierung des Staates durch Steuern. Wenn der Bürger Steuern zahlt, will er auch über die Verwendung von Steuern mitbestimmen: «no taxation without representation», wie es in der frühneuzeitlichen politischen Theorie hiess. In Russland aber tritt der Staat nicht vorwiegend als Nehmer auf, sondern als Geber. Nicht zufällig hat sich seit Putins Amtsantritt die Zahl der Staatsbediensteten nahezu verdoppelt.

Mit diesen Entwicklungen hat der Begriff der «Modernisierungspartnerschaft», der in der Vergangenheit enge Beziehungen zwischen westlichen Firmen und russischen Staatsunternehmen legitimiert hat, seinen Sinn verloren. Eine Modernisierung Russlands findet nicht statt, trotz enger Verflechtung. Und der «Partner» auf russischer Seite ist schon seit geraumer Zeit niemand anders als jener Machtapparat, der die Modernisierung Russlands nicht etwa fördert, sondern diese im Gegenteil blockiert, trotz vielen anderslautenden Lippenbekenntnissen. Denn das derzeitige russische Regime wäre durch eine umfassende Liberalisierung in seiner Existenz bedroht. Dem Kreml geht es um autoritäre Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft; freie Marktwirtschaft und freie, selbständige Menschen bedrohen sein Geschäftsmodell. Auch das ist ein Grund für das massive Vorgehen gegen eine Ukraine, die sich tatsächlich modernisieren will.

Ulrich Speck ist Visiting Scholar bei Carnegie Europe in Brüssel.

## AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief  
NZZ-Postfach  
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29  
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

men» Hausärzte zu wenig? Weshalb werden deren Zusatzeinkommen (Bonis) aus dem Medikamentenumsatz verschwiegen? Braucht es ein neues Gesetz? Oder liesse sich das befürchtete «Aussterben» der Allgemeinpraktiker nicht auch über Verfügungen durch die Kantone regeln? Alles würde sich von selbst lösen.

Die Ärztedichte hat sich in den letzten 50 Jahren sechsfacht, je nach Region gar verzehnfacht. Die Kassenprämien stiegen um das 15- bis 20-Fache. Ein Arzt auf 300 Einwohner gegenüber früher 2000. Dabei sind die Menschen in diesem Land nicht gesünder, sondern kränker geworden. Die Statistiken sprechen eine deutliche Sprache. Unser zwangsfinanziertes Gesundheitssystem ist weder nachhaltig noch erfolg-

reich. Wir werden zwar durchschnittlich einige Jahre älter. Dafür verlängert sich die Leidensphase, und der Druck auf die Sozialwerke ist unübersehbar. Müsste nicht eher den folgenden Fragen mehr Raum zugestanden werden? Fördern von Prävention und Selbstverantwortung. Gesunde Ernährung, neutrale Aufklärung anstelle Verdummung der Bevölkerung durch die Medien und die politischen Instanzen. Enttabuisieren und Akzeptieren des Sterbeprozesses als zum Leben gehörig.

Bei einer Annahme der Vorlage werden die Prämienzahler die höheren Kosten wieder tragen müssen. Wollen wir denn alle 150-jährig werden und das damit unvermeidlich einhergehende Leiden ausblenden?

Hanspeter Schneider, Rorschach